LANDTAG .LIBERAL

02
25

ZEIT FÜR AUFBRUCH: BILDUNG. WACHSTUM. FREIHEIT.

DAS MAGAZIN DER FDP-LANDTAGSFRAKTION NORDRHEIN-WESTFALEN

Schulpolitik im Blindflug

Wochenende neu gedacht

Künstliche Intelligenz für NRW

Liebe Leserinnen und Leser,

Nordrhein-Westfalen wartet dringend auf eine echte Wirtschaftswende – während die Landesregierung sich selbst für ein mickriges Wachstum von 0,1 Prozent feiert. Diese Politik des Stillstands muss endlich ein Ende haben, damit unser Land wieder seiner Rolle als wirtschaftliches Herz Deutschlands gerecht werden kann. Dieses Ziel erreichen wir nur durch eine Wirtschaftspolitik, die endlich strukturelle Reformen und spürbare Entlastungen für Unternehmen und Selbstständige in den Mittelpunkt stellt – statt grüner Regulierung und schuldenfinanzierter Förderprogramme. Wir wollen, dass NRW endlich wieder auf Wachstumskurs kommt!

Doch wirtschaftlicher Erfolg allein reicht nicht! Als Liberale wissen wir: Ein starkes Bildungswesen ist die Grundlage für individuelle Aufstiegschancen und gesellschaftlichen Fortschritt. Darum haben wir diese Ausgabe unter die Schwerpunkte Bildung und Wachstum gestellt. Im Heft zeigen wir, wie CDU und Grüne die Hauptschule in NRW heimlich abschaffen wollen – ein Rückschritt, den wir Freie Demokraten nicht akzeptieren. Wir wollen die Vielfalt der Schulformen erhalten und sicherstellen, dass jedes Kind in Nordrhein-Westfalen individuell gefördert wird. Einheitsschule durch die Hintertür? Nicht mit uns!

Auch bei der Digitalisierung haben wir Freie Demokraten klare Vorstellungen. In der Enquetekommission „Künstliche Intelligenz“ setzen wir uns dafür ein, dass neue Technologien wie KI dem Menschen dienen – nicht umgekehrt. Schulen, Verwaltung, Gesundheit – überall müssen wir die Chancen der Digitalisierung bestmöglich nutzen und dabei Bürgerrechte wahren.

In unserer parlamentarischen Arbeit stellen wir stets die Menschen in Nordrhein-Westfalen in den Mittelpunkt. Wir setzen uns für wirtschaftlichen Fortschritt, individuelle Aufstiegschancen, für Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit ein – und kämpfen gegen Verwaltungschaos, unnötige Regulierung, Schulden, Staus und Stillstand. Kurz gesagt: Wir wollen ein Land NRW, das den Bürgerinnen und Bürgern das Leben erleichtert – nicht verkompliziert.

Auch wenn die aktuelle Landesregierung oft das Gegenteil verfolgt, sind wir fest überzeugt: Eine bessere Zukunft für NRW ist möglich – und mit exzellenter Bildung fängt sie an!

Herzliche Grüße

Ihr

MARCEL HAFKE
Parlamentarischer Geschäftsführer

Bildhinweise: svetazi/stock.adobe.com (Cover); CreativeIMGIdeas/stock.adobe.com (AI)

FRAKTIONSCHEF HÖNE ZU THYSSENKRUPP:

„INDUSTRIESTANDORT NRW DARF NICHT DURCH GRÜNE PLANWIRTSCHAFT ZERSCHLAGEN WERDEN“

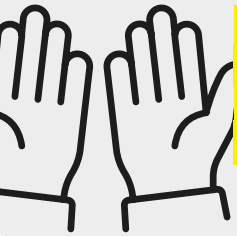
Die Medienberichte über eine mögliche Zerschlagung des Traditionskonzerns Thyssenkrupp haben auch uns alarmiert. Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion und der Freien Demokraten NRW, fordert ein Ende planloser Subventionierungspolitik und eine Rückkehr zu marktwirtschaftlich tragfähigen Rahmenbedingungen für die Industrie in NRW:

„Die Berichte über eine mögliche Zerschlagung von Thyssenkrupp müssen alle Alarmglocken am Industriestandort Nordrhein-Westfalen schrillen lassen. Sollte sich das bewahrheiten, wäre es ein herber Rückschlag – nicht nur für das Ruhrgebiet, sondern für die gesamte industrielle Wertschöpfung in unserem Land. Die wirtschaftliche Lage des Unternehmens zeigt: Wer die Rahmenbedingungen für energieintensive Industrie kontinuierlich verschlechtert, darf sich über dramatische Konsequenzen nicht wundern.

Die sogenannte ‚grüne Transformation‘ wird derzeit von der Politik als Fortschritt verkauft, ist in Wahrheit aber für viele Unternehmen ein existenzielles Risiko. Wenn wir weiter hohe Energiepreise, Bürokratie und unsichere Versorgung kombinieren, treiben wir Betriebe nicht in die Zukunft, sondern in den Ruin. Die Industrie wird nicht klimaneutral, wenn man sie gleichzeitig kaputt reguliert und mit Geld ruhigstellt. Schlechte Standortpolitik lässt sich nicht mit Steuermilliarden reparieren. Subventionen wie die für Thyssenkrupp sind ein Symptom politischer Ratlosigkeit – kein nachhaltiger Lösungsweg. Mit Fördergeld allein schmiedet man keinen wettbewerbsfähigen Stahl. Wenn grüner Wasserstoff die Brücke in die Zukunft sein soll, fehlt uns derzeit nicht nur das Fundament, sondern auch der Stahl für den Brückenbau.

Vollends widersprüchlich bleibt der von der schwarz-grünen Landesregierung beschlossene vorgezogene Kohleausstieg. Wer erst das Kraftwerk abreißt und dann die Steckdose sucht, riskiert einen industriellen Blackout. Man kann nicht einerseits günstige Energiequellen vom Netz nehmen und andererseits der Industrie teuerste Umstellungen aufzwingen.

Wir Freie Demokraten stehen für eine ehrliche Industriepolitik, die sich an wirtschaftlicher Vernunft orientiert: technologieoffen, wettbewerbsfreundlich und ohne staatliche Eigentumsträume. Der Staat kann Impulse setzen, aber nicht dauerhaft Unternehmen am Leben erhalten, die unter politisch geschaffenen Standortproblemen leiden. Was wir brauchen, ist keine weitere Subvention, sondern endlich wieder verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen und Wachstum.“ ■



„ISLAMUNTERRICHT OHNE KONTROLLE" – BESSER ETHIKUNTERRICHT FÜR ALLE!

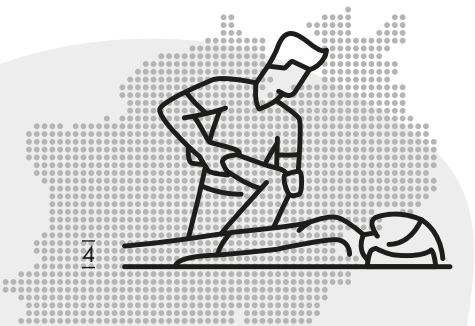
Mit Unverständnis sehen wir Freie Demokraten den Beschluss der NRW-Landesregierung, den islamischen Religionsunterricht (IRU) bis 2031 nahezu unverändert fortzusetzen. Dieses Modell ist aus unserer Sicht gescheitert – und dennoch wird es weitergeführt. Der IRU bringt integrationshemmende Strukturen, fehlende Kontrolle und den Einfluss konservativer Islamverbände mit sich. Nur rund sechs Prozent der muslimischen Schülerinnen und Schüler nehmen überhaupt daran teil – begleitet von zahlreichen Beschwerden.

Wir fordern deshalb: Der IRU muss vollständig durch ein verpflichtendes Fach Ethik oder Praktische Philosophie ersetzt werden – für alle, die nicht am konfessionellen Religionsunterricht teilnehmen. In diesem gemeinsamen Fach sollen Werte wie Freiheit, Gleichberechtigung, Menschenrechte und Demokratie vermittelt werden – ohne religiöse Einflussnahme.

Zudem setzen wir uns für begleitende Maßnahmen ein: verpflichtende Gedenkstättenfahrten, mehr Demokratiebildung, interreligiösen Dialog, Medienkompetenz – und ein konsequentes Vorgehen gegen islamistische Tendenzen an Schulen. Integration gelingt nur durch gemeinsame Werte, nicht durch Parallelstrukturen. Der Ethikunterricht ist überfällig – und der richtige Weg in einer offenen, demokratischen Gesellschaft. ■

REHA-STANDORT NRW SICHERN – SCHNEIDER: „GESUNDWERDEN DARF NICHT AM BUDGET SCHEITERN"

Angesichts steigender Kosten und wirtschaftlicher Unsicherheit will die FDP-Landtagsfraktion NRW Reha-Kliniken und Kurorte stärken. Eine neue Initiative sieht Maßnahmen zur Bürokratieentlastung, Digitalisierung, Ausbildungsförderung und flexiblere Öffnungszeiten in Kurorten vor. „Rehabilitation ist kein Luxus – sie ist Voraussetzung für Teilhabe und Lebensqualität. Wir dürfen diesen Bereich nicht weiter wirtschaftlich aushungern", mahnt Susanne Schneider, gesundheitspolitische Sprecherin unserer Fraktion.



ANGEBOTE SICHERN – GESUNDHEIT STÄRKEN

Wir Liberale fordern unter anderem eine Länderöffnungsklausel für mehr regionale Flexibilität und eine gesetzliche Anerkennung von Reha-Kliniken als Ausbildungsorte. Gerade im ländlichen Raum sind Reha-Kliniken wichtige Pfeiler medizinischer Versorgung und Arbeitgeber zugleich. Sie sichern wohnortnahe Gesundheitsangebote und stärken den lokalen Arbeitsmarkt – insbesondere in strukturschwachen Regionen. „Wer in Prävention und Anschlussversorgung investiert, spart langfristig Kosten im Gesundheitswesen", so Schneider.

Wir sehen in Reha-Einrichtungen nicht nur soziale Verantwortung, sondern auch wirtschaftliches Potenzial für ein starkes Gesundheitsland Nordrhein-Westfalen. ■

Bildhinweise: Iconfly, Vector Tradition/stock.adobe.com

NEUES VERFASSUNGSSCHUTZGESETZ: FREIE DEMOKRATEN MAHNEN AUGENMASS AN

„Ein Update für den Verfassungsschutz ist richtig und notwendig – aber nicht um jeden Preis", betont unser FDP-Fraktionsvize Marc Lürbke in einer ersten kritischen Einordnung zum Entwurf der Landesregierung zur Neuordnung des Verfassungsschutzgesetzes. Die Freien Demokraten mahnen zur Sorgfalt bei der Abwägung zwischen Sicherheitsinteressen und Bürgerrechten.

Angesichts veränderter Bedrohungen durch hybride Risiken und digitale Radikalisierung brauche der Verfassungsschutz moderne Werkzeuge. Für FDP-Innenexperte Lürbke ist klar: „Nur rechtssichere, klar kontrollierte und verhältnismäßige Befugnisse sind ein echtes Sicherheits-Update." Der Entwurf enthalte zwar gute und richtige Ansätze, wie die Anpassung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und eine richterliche Vorabkontrolle bei sensiblen Maßnahmen. Maßnahmen wie automatisierte Datenauswertung, Quellen-TKÜ oder verdeckte Wohnraumüberwachung greifen jedoch tief in die Privatsphäre ein. „Hier kommt es buchstäblich auf jedes Wort im Gesetz an", so Lürbke.

Die FDP-Fraktion kündigt eine intensive Prüfung und fundierte Expertenanhörung an. Lürbke: „Unsere rote Linie bleibt die Verfassung. Sicherheit braucht Rechtsstaatlichkeit – und keine Überreaktion auf digitale Herausforderungen." ■

„KEINE SYMBOLPOLITIK AUF KOSTEN DER AUTOFAHRER" – FDP LEHNT JÄHRLICHEN TÜV-ZWANG AB

Wir kritisieren den Vorschlag der EU-Kommission, für alle über zehn Jahre alten Fahrzeuge eine jährliche Hauptuntersuchung verpflichtend zu machen. Darin sehen wir keine Verbesserung der Verkehrssicherheit, sondern eine massive Belastung für Millionen Autofahrerinnen und Autofahrer – vor allem in ländlichen Regionen.

Christof Rasche, verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, sagt: „Wir brauchen intelligente Verkehrssicherheit statt Prüfpflicht um der Prüfung willen. Der Anteil technischer Mängel als Ursache für Unfälle ist heute verschwindend gering – ein HU-Zwang wäre teuer, bürokratisch und nutzlos. Gerade einkommensschwächere Haushalte und Menschen in ländlichen Regionen würden durch die jährlichen Prüfkosten überproportional belastet. Wir wollen echte Prävention statt symbolischer Überregulierung."

Mit einer parlamentarischen Initiative fordern wir die schwarz-grüne Landesregierung auf, sich klar gegen diese Überregulierung zu positionieren. Wissenschaftliche Studien wie die der TU Dresden bestätigen, dass eine Verkürzung der Prüfintervalle keine messbaren Sicherheitsgewinne bringt – das belegt auch der ADAC. ■

Bildhinweise: Björn Wylezich/stock.adobe.com

„SCHULPOLITIK IM BLINDFLUG“ – WIR FORDERN KURSWECHSEL STATT CHAOS

Mit ihrer überhastet durchgesetzten Änderung des Schulgesetzes haben CDU und Grüne im Landtag NRW Fakten geschaffen – und das gegen jede pädagogische Vernunft. Unter dem Deckmantel von Flexibilität und Schulentwicklung wurde ein Gesetz verabschiedet, das die klare Trennung von Schulformen untergräbt und Realschulen mit neuen Aufgaben überfrachtet. Wir Freie Demokraten stellen uns diesem Kurs entschieden entgegen.

Was als punktuelle Notlösung in Regionen ohne Hauptschule begann, wird nun dauerhaft Realität: Realschulen sollen künftig Hauptschulbildungsgänge aufnehmen – und das sogar schon ab Klasse 5. Was bedeutet das konkret? Zwei Bildungsgänge unter einem Dach, mit unterschiedlichen Lehrplänen, Prüfungen und Anforderungen. Wir fragen uns: Wer profitiert von diesem Konstrukt? Ganz sicher nicht die Schülerinnen und Schüler – und erst recht nicht die Lehrkräfte, die diese Parallelwelten stemmen sollen.

Wir halten fest: Das ist kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt in Richtung bildungspolitischer Beliebigkeit. „Man will Realschulen zu Allzweckanstalten machen – mit zwei Bildungsgängen, zwei Lehrplänen, zwei Prüfungsordnungen. Das ist kein Fortschritt, das ist ein bildungspolitischer Blindflug“, stellt unsere schulpolitische Sprecherin Franziska Müller-Rech klar.

Besonders bedenklich: das Verfahren selbst. Die entscheidende Lesung des Gesetzes fand spätabends statt – versteckt im Schatten der Nacht. Eine Schulstrukturreform, die das gesamte System betrifft, hätte eine breite, offene Debatte verdient. CDU und Grüne haben sich stattdessen für den schnellen, leisen Weg entschieden – gegen Transparenz, gegen Beteiligung, gegen Qualität. „Die Landesregierung ersetzt klare Schulprofile durch pädagogisches Chaos – und das mitten in der Nacht“, so Müller-Rech weiter.

Wir erleben, wie kommunale Fehlplanungen und haushaltspolitische Zwänge durch landesweite Strukturänderungen kaschiert werden sollen. Das können und wollen wir nicht akzeptieren. Bildungspolitik darf nicht zur Reparaturwerkstatt verfehlter Lokalpolitik verkommen. Es braucht klare Profile, nachvollziehbare Bildungswege und echte Wahlfreiheit für Eltern und Kinder – keine Einheitsschule durch die Hintertür.

„Wer Schulstrukturen zusammenlegt, um Kosten zu sparen, verspielt Vielfalt, Qualität und Verlässlichkeit. Bildung darf kein Reparaturbetrieb für verfehlte Kommunalplanung sein“, bringt es Müller-Rech auf den Punkt.

DESHALB HATTEN WIR EINEN ENTSCHLIESSUNGSANTRAG EINGEBRACHT, IN DEM WIR UNS KLAR POSITIONIERT HABEN:

- **Wir wollen die Hauptschule als praxisnahe und berufsorientierte Schulform erhalten und weiterentwickeln.**
- **Wir wollen das eigenständige Profil der Realschule schützen – mit klaren Aufgaben, gezielter Förderung und ausreichend Ressourcen.**
- **Wir fordern eine Schulentwicklungsplanung, die sich an pädagogischer Qualität orientiert – nicht an kurzfristigen Finanzinteressen.**
- **Und wir treten ein für ein faires, digitales und transparentes Anmeldeverfahren, das Eltern und Schülern echte Wahlfreiheit lässt.**

Für uns steht fest: Eine Schulpolitik, die Vielfalt eintauscht gegen Vereinheitlichung, gefährdet die Zukunftschancen junger Menschen. Wir wollen ein Bildungssystem, das fordert und fördert, das Begabungen erkennt und Wege eröffnet – von der Hauptschule über die Realschule bis zum Gymnasium.
Für uns zählt nicht das Einheitsmodell, sondern das beste Modell für jedes Kind. „Wir brauchen keine Schulversuche durch die Hintertür, sondern mutige, offene Debatten über die Zukunft unserer Bildung“, so Müller-Rech.

Wir Freie Demokraten bleiben dabei: Qualität, Wahlfreiheit und Verlässlichkeit sind die Eckpfeiler guter Bildungspolitik. Daran lassen wir uns messen – und daran erinnern wir diese Landesregierung! ■

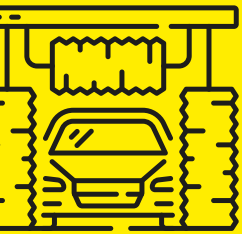
Bildhinweise: contrastwerkstatt/stock.adobe.com

SONN- UND FEIERTAGE NEU DENKEN:

ANGEBOTE FÜR EINE MODERNE GESELLSCHAFT

Die FDP-Landtagsfraktion NRW will den Sonn- und Feiertagsschutz nicht abschaffen – sondern zeitgemäß gestalten. In einer Gesellschaft, die zunehmend von Flexibilität, Digitalisierung und individuellen Lebensentwürfen geprägt ist, braucht es rechtliche Rahmenbedingungen, die diesen Wandel widerspiegeln. Mit zwei Gesetzesinitiativen zeigen wir, wie moderne Versorgung und individuelle Freiheit mit dem Schutz von Sonn- und Feiertagen sinnvoll in Einklang gebracht werden können: durch die Freigabe automatischer Autowaschanlagen und vollautomatisierter Verkaufsstellen – ohne Personal, ohne Lärm, aber mit echter Wirkung für Bürgerinnen und Bürger.

AUTOWÄSCHE AM SONNTAG: PRAXISGERECHT UND UMWELTFREUNDLICH



Die Nutzung automatischer Autowaschanlagen soll künftig auch an Sonn- und Feiertagen möglich sein – unter klaren Bedingungen: Nur an Tankstellen oder in Gewerbegebieten und nur außerhalb der Hauptgottesdienstzeiten und ohne die stillen Feiertage zu gefährden. So reagieren wir auf das gewandelte Freizeitverhalten vieler Menschen. Gleichzeitig wird durch die Zulassung moderner, umweltgerechter Waschanlagen der Trend zur nicht erlaubten Handwäsche eingedämmt – mit positiven Effekten für das Grundwasser und die Umwelt. Dirk Wedel, Sprecher unserer Fraktion im Hauptausschuss, betont dazu: „Wer an Sonntagen ein Kino besuchen oder ins Schwimmbad gehen darf, sollte auch sein Auto waschen dürfen – wir schaffen Rechtssicherheit für ein Bedürfnis, das längst Realität ist. Unsere Gesetzesinitiative vollzieht die gesellschaftlichen Entwicklungen im Feiertagsrecht nach. Die zeitliche Beschränkung auf den Nachmittag wahrt dabei das Ruhebedürfnis an Sonn- und Feiertagen."

VOLLAUTOMATISCHE VERKAUFSSTELLEN: VERSORGUNG OHNE ARBEIT

Auch mit einem Gesetzentwurf zur Änderung des Ladenöffnungsgesetzes zeigt die FDP: Technik kann Versorgung ermöglichen, ohne den Sonntag zu stören. Automatenshops mit bis zu 120 Quadratmetern Fläche, die ausschließlich Produkte des täglichen Bedarfs anbieten, sollen künftig auch an Sonn- und Feiertagen zugänglich sein – vollständig automatisiert, ohne jeglichen Personaleinsatz und ohne Sonntagsbetrieb im Hintergrund. Dietmar Brockes, unser wirtschaftspolitischer Sprecher, erklärt: „Wenn niemand arbeiten muss, spricht nichts gegen moderne Versorgung. Technik, die den Sonntagsschutz wahrt, darf nicht durch veraltete Regeln blockiert werden." Er ergänzt: „Es geht um Grundversorgung jederzeit – ohne Arbeitszeit!"

FORTSCHRITT MIT AUGENMASS

Beide Initiativen verfolgen ein gemeinsames Ziel: Lebensrealitäten ernst nehmen, Versorgungslücken schließen und gleichzeitig den Charakter des Sonntags bewahren. Es geht nicht um eine völlige Liberalisierung, sondern um punktuelle, automatisierte Lösungen – rechtssicher, umweltfreundlich und praxistauglich. Nordrhein-Westfalen soll bei moderner Nahversorgung und intelligenter Regulierung vorangehen – im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, der Umwelt und einer offenen, zukunftsfähigen Gesellschaft. ■

Bildhinweise: Vector Tradition; Jocelyn_Flores/stock.adobe.com

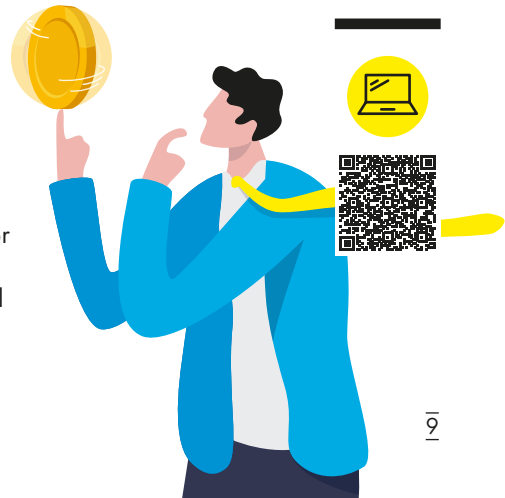
FDP FÜR AUFKLÄRUNGS-OFFENSIVE: STEUER-MILLIARDEN DURCH CUM-CUM DÜRFEN NICHT VERSANDEN

Mit einem weiteren Antrag zur Aufarbeitung von Cum-Cum-Geschäften fordern wir eine deutliche Verstärkung der Ermittlungsbehörden in NRW. Trotz eines Steuerschadens von über 28 Milliarden Euro sind bisher kaum Rückforderungen erfolgt. Wir Freie Demokraten kritisieren zögerliches Handeln und unzureichende personelle Ausstattung in Justiz und Steuerfahndung. Dass trotz eindeutiger Rechtslage noch immer auf angebliche Rechtsunsicherheit verwiesen wird, ist aus Sicht der FDP nicht hinnehmbar – insbesondere vor dem Hintergrund drohender Verjährungen. Unser rechtspolitischer Sprecher Dr. Werner Pfeil kritisiert: „Wenn wir Steuerkriminalität auf industriellem Niveau ernsthaft verfolgen wollen, dürfen wir nicht bei 200 Millionen Rückforderung aufhören. Es braucht mehr Personal, moderne IT und den politischen Willen, Milliarden an Steuergeldern endlich zurückzuholen. Ein Staat, der beim Steuerbetrug wegschaut und unzureichend aufgestellt ist, gefährdet das Vertrauen in die Steuergerechtigkeit. Cum-Cum ist kein Kavaliersdelikt – es ist ein Raubzug auf Kosten der Allgemeinheit.“ ■

FDP FORDERT KONSEQUENZEN AUS VERFASSUNGSGUTACHTEN: BEAMTENBESOLDUNG NEU BEWERTEN

Für uns ist klar: Es bedarf einer umfassenden Neubewertung der umstrittenen letzten Besoldungsstrukturreform der schwarz-grünen Landesregierung. Hintergrund ist ein Gutachten des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio, das die neue Regelung zur Anrechnung eines fiktiven Partnereinkommens als verfassungswidrig einstuft. Wir Liberale fordern in einer neuen parlamentarischen Initiative, die Alimentation unabhängig vom Partnerverdienst auszugestalten und eine automatische Verfassungsmäßigkeit der Besoldung ohne individuelle Antragspflicht sicherzustellen.

Ralf Witzel, stellvertretender Vorsitzender und personalpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, sagt: „Der Staat darf die Familienverhältnisse seiner Beamtinnen und Beamten nicht zu einem so entscheidenden Berechnungsfaktor machen. Wenn Verfassungsrecht nach einschlägigem Expertenurteil offenbar verletzt wird, muss die Landesregierung das anerkennen und handeln – nicht beschönigen. Die Alimentation eines Beamten muss objektiv und unabhängig von privaten Lebensverhältnissen verlässlich gewährleistet sein. Dieses Gutachten ist eine ernst zu nehmende Mahnung, nicht über Grundrechte hinwegzuregieren!“ ■



Bildhinweise: svetazi; Nuthawut/stock.adobe.com

NORDRHEIN-WESTFALEN ZEIGT HALTUNG:

FDP FÜR SICHTBARE ANERKENNUNG UND BESSERE UNTERSTÜTZUNG FÜR VETERANEN

Wir setzen uns im Landtag NRW mit Nachdruck für eine angemessene Würdigung und konkrete Unterstützung von Veteraninnen und Veteranen in Nordrhein-Westfalen ein. In einem umfassenden Antrag fordern wir unter anderem, den neuen nationalen Veteranentag am 15. Juni künftig sichtbar im Land zu begehen – etwa durch offizielle Beflaggung und öffentliche Veranstaltungen. Darüber hinaus soll es konkrete Unterstützungsmaßnahmen für Veteranen mit psychischen Einsatzfolgen wie Posttraumatischen Belastungsstörungen geben: eine psychosoziale Notfallnummer, mehr Fortbildungsangebote für ärztliches Fachpersonal sowie kommunale Veteranenkoordinatoren nach dänischem Vorbild.

Susanne Schneider, Sprecherin für Arbeit, Gesundheit und Soziales der FDP-Fraktion, ordnet ein: „Anerkennung darf kein Lippenbekenntnis bleiben – wer unter Einsatz seines Lebens für unsere Freiheit einsteht, hat Anspruch auf konkrete Hilfe und Sichtbarkeit in unserer Gesellschaft. Der Veteranentag ist ein erster Schritt, aber es braucht vor allem gezielte Maßnahmen zur Entstigmatisierung psychischer Einsatzfolgen. Viele Veteraninnen und Veteranen kämpfen noch Jahre nach ihrem Einsatz mit seelischen Verletzungen, die oft im Verborgenen bleiben. Es ist unsere moralische und politische Pflicht, ihnen den Zugang zu spezialisierten Hilfsangeboten niedrigschwellig zu ermöglichen."

Ziel ist es, ein starkes Signal der Anerkennung zu setzen und gleichzeitig die Versorgungslage spürbar zu verbessern. Darüber hinaus sollen telemedizinische Angebote der Bundeswehr besser zugänglich gemacht und ein Landesnetzwerk für psychische Einsatzfolgen aufgebaut werden. ■

„GENEHMIGT, GEBREMST, GESCHEITERT?" – FDP KRITISIERT STILLSTAND BEI VERKEHRSPROJEKTEN UNTER SCHWARZ-GRÜN

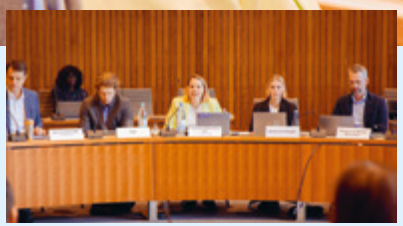
„Unter Schwarz-Grün kommt in NRW nichts voran – wichtige Verkehrsprojekte stecken im Planungsstau", kritisiert Christof Rasche, verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Eine Antwort der Landesregierung auf seine Kleine Anfrage zeigt: Selbst Projekte von öffentlichem Interesse stagnieren – die Koalition schiebt Verantwortung hin und her. Viele Vorhaben weisen keinerlei Fortschritt auf. Teils gibt es laut Regierung nicht einmal Informationen – etwa zum Schienenausbau oder zur Ladeinfrastruktur. „Wer nicht weiß, was passiert, kann nichts gestalten", so Rasche. Auch bei den Autobahnprojekten, für die das Land zuständig ist, gehe es kaum voran. Statt Spatenstichen verzeichne man nur „Deckblatt nachgereicht" oder „Gegenäußerung angekündigt".

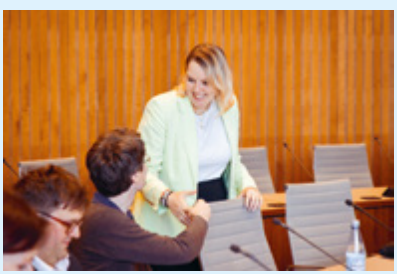
E-MOBILITÄT BLEIBT VAGE

Zwar meldet das Land 2.111 neue Schnellladepunkte, doch wo und wie diese genutzt werden, ist unklar. Rasche: „Wer keine Daten hat, kann nicht steuern." Auch das Genehmigungsbeschleunigungsgesetz zeige keine Wirkung. Wir fordern: NRW darf nicht im Verwaltungsstau stecken bleiben! „Wir brauchen eine Landesregierung, die anpackt – nicht ausbremst", sagt der Liberale. ■

Bildhinweise: sabelskaya; SergeyBitos/stock.adobe.com

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ FÜR NRW – SMART, VERANTWORTUNGSVOLL, MENSCHLICH





Franziska Müller-Rech, Vorsitzende der KI-Enquetekommission, bei einer Expertenanhörung.

Wie kann Künstliche Intelligenz unser Leben verbessern, ohne unsere Freiheit zu gefährden? Darum geht es in der Enquetekommission „Künstliche Intelligenz – Für einen smarten Staat in der digitalisierten Gesellschaft", die auf FDP-Initiative im NRW-Landtag eingesetzt wurde.

Das Ziel: Die Chancen von KI nutzen – etwa für beste Bildung, weniger Bürokratie, eine moderne Verwaltung und ein starkes Gesundheitssystem. „KI muss dem Menschen dienen – nicht umgekehrt. Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um den Alltag der Menschen einfacher und besser zu machen", sagt Franziska Müller-Rech, Vorsitzende der Enquetekommission.

NEUE TECHNOLOGIEN NICHT VERHINDERN, SONDERN GESTALTEN

Mit seiner starken Forschung, innovativen Unternehmen und engagierten Kommunen hat Nordrhein-Westfalen beste Voraussetzungen, um die Chancen von KI zu nutzen. Doch ein strategischer Gesamtansatz fehlt – hier setzt die Enquetekommission an. Sie analysiert, wie KI sinnvoll eingesetzt und dabei Bürgerrechte geschützt werden können – ob in der Schule, im Rathaus, als Innovationsmotor für Start-ups und Mittelstand oder im Krankenhaus.

Für uns Freie Demokraten ist klar: KI ist kein Jobkiller, sondern eine Chance – sie kann Menschen entlasten, Prozesse beschleunigen oder kreative Freiräume schaffen. Deshalb setzen wir auf Offenheit statt Verbote, auf Innovation statt Überregulierung. Franziska Müller-Rech: „Wir wollen kein Land, das neue Technologien verhindert, sondern eines, das sie gestaltet – mutig, offen und mit einem klaren Wertekompass." ■

Bildhinweise: FDP-Fraktion NRW/stock.adobe.com

WENN DU NETZ HAST, KANNST DU AUCH UNSERE NEWS LESEN!

Keine Ausreden mehr!
Echte Einblicke in die Landespolitik – egal, wo Du gerade bist:
Folge der FDP-Landtagsfraktion bei WhatsApp!

Bildhinweise: GROK (AI)

FOLGEN SIE UNS ONLINE!

@FDPFraktionNRW

@FDPFraktionNRW

@fdpltf_nrw

FDP-Landtagsfraktion NRW

@FDPFraktionNRW

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:
FDP-Landtagsfraktion NRW

REDAKTION:
Verantwortlich für Inhalt und Seiten:
Tobias Havers

ANSCHRIFT DER REDAKTION:
FDP-Landtagsfraktion NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
fdp-fraktion@landtag.nrw.de

REDAKTIONSSCHLUSS:
6. Juni 2025

GESTALTUNGSKONZEPT UND LAYOUT:
www.lockvogel-hamburg.de

GEDRUCKT AUF:
Umschlag: Circle Offset – IGEPA;
Innen: Holmen TRND – IGEPA

DRUCK UND PRODUKTION:
BEISNER DRUCK GmbH & Co. KG

FÜR UNSERE ZUKUNFT

Dieses Magazin wird aus nachhaltigen Papierprodukten hergestellt.

Unsere Papierauswahl ist FSC®-zertifiziert.

FSC
www.fsc.org
MIX
Paper from responsible sources
FSC® C008984

UND WAS BEDEUTET DAS?

Weitere Informationen rund um das Thema FSC®-Zertifizierungen können Sie online nachlesen unter: www.fsc-deutschland.de